

# Stadt Bergisch Gladbach

## Der Bürgermeister

Datum

**24.04.2023**

Ausschussbetreuender Fachbereich

**Stabsstelle Gleichstellungsstelle**

Schriefführung

Monika Koppe

Telefon-Nr.

**02202-142647**

## Niederschrift

**Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann**

**Sitzung am Donnerstag, 23.02.2023**

Sitzungsort

**Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach**

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

**17:00 Uhr - 18:53 Uhr**

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

### **Sitzungsteilnehmer**

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

## **Tagesordnung**

### **Ö Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 24.11.2022  
0013/2023**
- 4 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**
- 5 Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 6 Gleichstellungspolitische Informationen**  
*0020/2023*
- 7 InHK Bensberg I Maßnahmebeschluss "Loka(l)eben"**  
*0073/2023*
- 8 Haushaltsplanberatungen des Haushaltes 2023 der in Zuständigkeit des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann fallenden Produktgruppen**  
*0005/2023*
- 9 Darstellung der personellen Situation und der daraus resultierenden Anforderungen für den Stellenplan 2023 aus den in die Zuständigkeit des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann fallenden Bereichen**  
*0039/2023*
- 10 Bericht aus der Arbeit der Beiräte und des Integrationsrates**
- 10.1 Beschluss über die Einrichtung einer offenen Sprechstunde des Integrationsrates**  
*0677/2022*
- 11 Sachstandsinformation über Projekte des Seniorenbeirats**  
*0063/2023*
- 12 Fortschreibung des Vertrags mit dem Deutschen Kinderschutzbund (DKSB) zur Finanzierung des Härtefallfonds (ehemaliger Löwenpass)**  
*0542/2022*
- 13 Sachstandsbericht zur Situation der Geflüchteten in Bergisch Gladbach**  
*0702/2022*
- 14 Anträge der Fraktionen**
- 15 Anfragen der Ausschussmitglieder**

## Protokollierung

### Ö Öffentlicher Teil

#### 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende Gabriele von Berg eröffnet die 10. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann in der zehnten Wahlperiode. Sie stellt die ordnungsgemäße Einberufung, die Vertretungsverhältnisse und die Beschlussfähigkeit fest.

Des Weiteren weist Frau von Berg darauf hin, dass in den zugesandten Exemplaren der Einladung ein Fehler aufgetreten sei, der in den digitalen Einladungen nicht vorkommt. Die Tagesordnung wurde um den Durchführungsbericht im nichtöffentlichen Teil erweitert.

#### 2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Frau von Berg erfragt, ob gegen die Niederschrift – öffentlicher Teil – Einwände erhoben werden.

Da dies nicht der Fall ist, gilt der öffentliche Teil der Niederschrift zur Sitzung am 24.11.2022 als genehmigt.

Die Abstimmung erfolgte einstimmig.

#### 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 24.11.2022 0013/2023

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

#### 4. Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden

Es liegen keine Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden vor.

#### 5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Frau Hellwig berichtet über die Mittel aus dem Stärkungspakt des Landes Nordrhein-Westfalen. Das Land stellt insgesamt 150.000.000 € zur Verfügung und die Stadt Bergisch Gladbach kann daraus 646.000 € beanspruchen. Es handelt sich um eine einmalige Unterstützungsleistung, die in dem Zeitraum von Januar bis Dezember 2023 verwendet werden kann. Die Mittel können auf der einen Seite zur Aufrechterhaltung des Betriebs von Einrichtungen der sozialen Infrastruktur sowie zur Anpassung an die erhöhte Nachfrage gewährt werden, zum anderen kommen über kommunale Verfügungsfonds Einzelfallhilfen in Betracht. Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) hat dazu eine Richtlinie erstellt und es muss ein Verwendungsnachweis vorgelegt werden. Viele Kommunen haben bereits mitgeteilt, dass sie die Gelder nicht abrufen können, da es einfach an Personal fehle, um die Mittel ordnungsgemäß verteilen zu können. Die Stadt Bergisch Gladbach wird die Gelder in jedem Fall abrufen und versuchen, diese zielorientiert

und gerecht zu verteilen. Dazu ist der FB 5 gerade in Abstimmung mit dem Rheinisch-Bergischen Kreis und den anderen kreisangehörigen Kommunen.

Des Weiteren teilt Frau Hellwig mit, dass das neue Chancenaufenthaltsgesetz in Kraft getreten sei und gibt dazu das Wort an Frau Engelberth.

Frau Engelberth teilt mit, dass dieses neue Gesetz langjährig Geduldeten die Möglichkeit gebe, eine Aufenthaltserlaubnis zu erlangen. Diese Regelung gilt für Menschen, die sich am 31.12.2022 seit fünf Jahren geduldet, gestattet oder mit einer Aufenthaltserlaubnis in Deutschland leben, nicht straffällig geworden sind und sich zur freiheitlich demokratischen Grundordnung bekennen. Die Aufenthaltserlaubnis wird auf Antrag erteilt. Zuständig dafür ist die örtliche Ausländerbehörde. In den 18 Monaten, die die Aufenthaltserlaubnis gilt, erhalten die Betroffenen die Chance, weitere Voraussetzungen für ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht zu erfüllen. Dazu gehören insbesondere die Sicherstellung des Lebensunterhalts und gute Deutsch-Kenntnisse.

Die städtischen Sozialarbeiter\*innen und die Mitarbeitenden des Leistungsbereichs Asyl weisen auf die Neuregelung hin. Anträge können nur bei der Ausländerbehörde gestellt werden. Die Prüfung der Anträge und eine Entscheidung liegen allein bei der Ausländerbehörde. Die städtischen Mitarbeitenden können nur auf die Möglichkeit hinweisen.

## **6. Gleichstellungspolitische Informationen** *0020/2023*

Frau von Berg entschuldigt Frau Kläßen, die an der Sitzung nicht teilnehmen kann. Des Weiteren weist sie auf zwei März-Veranstaltungen der Gleichstellungsstelle hin und lädt die Anwesenden ein, an den Veranstaltungen teilzunehmen.

**Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.**

## **7. InHK Bensberg I Maßnahmebeschluss "Loka(l)eben"** *0073/2023*

Frau Hellwig erläutert zur Vorlage, dass es sich um einen Teil des IHK Bensberg handelt, der den Anwesenden bereits bekannt sei. Hier müsse aber ein formeller Maßnahmebeschluss gefasst werden, weshalb diese Vorlage erstellt wurde.

Frau Dr. Rieband erfragt, was mit der angestellten Person nach den drei Jahren passiere und, wenn sich das Projekt etabliert habe, ob eine Finanzierung auch nach den drei Jahren gesichert sei.

Frau Werker teilt dazu folgendes mit: Da es sich um ein Projekt handelt, könne zum jetzigen Zeitpunkt keine Aussage darüber getroffen werden, ob es eine Anschlussfinanzierung geben oder ob das Projekt nach den drei Jahren auslaufen werde.

Zur angestellten Person teilt Frau Werker mit, dass ein großes Ausschreibungsverfahren laufe, auf das sich soziale Träger bewerben können, die das Projekt dann in Eigenregie betreuen. Somit werde kein zusätzliches städtisches Personal benötigt.

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann fasst den folgenden **Beschluss:**

1. Die Ausführungen zum Maßnahme Loka(l)eben werden positiv zur Kenntnis genommen.
2. Die Ausführung soll, vorbehaltlich der Sicherstellung der Finanzierung im Haushalt 2023 durch den Rat der Stadt Bergisch Gladbach, beschlossen werden.

**Die Beschlussfassung erfolgt einstimmig** (1 Enthaltung durch Hr. Schütz, Bergische Mitte).

**8. Haushaltsplanberatungen des Haushaltes 2023 der in Zuständigkeit des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann fallenden Produktgruppen**  
*0005/2023*

Herr Migenda weist zur Vorlage darauf hin, dass hier auch das freiwillige Haushaltssicherungskonzept mitbetrachtet werden müsse, da hier im Ausschuss fachlich beurteilt werden könne, was es mit diesen Maßnahmen auf sich hat. So soll vermieden werden, dass zur Vorlage ein Beschluss gefasst werde, ohne die entsprechenden einzelnen Maßnahmen zu beurteilen.

Frau Dr. Rieband teilt mit, dass bei manchen Produktgruppen die Kosten innerhalb eines Jahres stark angestiegen seien und fragt nach, was die Preistreiber in diesen Gruppen seien.

Frau Hellwig teilt dazu mit, dass z. B. durch den Ukraine-Krieg die Kosten für die Unterbringung von Geflüchteten immens gestiegen seien, da Wohnraum geschaffen werden musste, Personal musste eingestellt werden, Wohnungen mussten ausgestattet werden und auch die Kosten für Strom, Wasser, Heizung seien stark gestiegen. Das sind alles Kosten, die in den Haushalt eingeflossen seien. Außerdem mussten für sehr viel mehr Menschen Asylbewerber-Leistungen, und Krankenkosten gezahlt werden. Dies alles spiegele sich im Haushalt wieder.

Frau Klupp weist darauf hin, dass in der Produktgruppe 05.520 unter HSK-Maßnahmen der Punkt 05.520.22 „Reduzierung der Seniorenbegegnungsstätte“ um eine Begegnungsstätte reduziert werden solle. Sie erklärt dazu, dass die Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN damit nicht einverstanden seien.

Herr Hildner weist darauf hin, dass auch die CDU über diese Maßnahme gestolpert sei, da sie aber erst in 2027 gelten solle, sei die CDU der Meinung, man brauche in diesem Jahr noch nicht in die Diskussion einsteigen.

Frau von Berg fasst die Anmerkungen noch einmal zusammen. Daraus ergibt sich, dass der Beschluss dahingehend geändert werden soll, dass keine Seniorenbegegnungsstätte geschlossen werden soll.

Der ASWDG fasst folgenden **geänderten Beschluss**:

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann beschließt folgende Beschlussempfehlung für den Ausschuss Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen sowie dem Rat:

Die in die Zuständigkeit des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann fallenden Teilhaushalte 2023 werden in der Fassung der Vorlage sowie unter Berücksichtigung der Beratungsergebnisse beschlossen.

**Der ASWDG spricht sich gegen die Streichung einer Seniorenbegegnungsstätte ab 2027 aus.**

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

**9. Darstellung der personellen Situation und der daraus resultierenden Anforderungen für den Stellenplan 2023 aus den in die Zuständigkeit des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann fallenden Bereichen**  
*0039/2023*

Frau Gitschier-Piepenbrock weist darauf hin, dass in der Vorlage, auf Seite 123 noch von „aktuell vier Fachkräften bei 3,5 Stellen im Seniorenbüro“ gesprochen wird. Dies sei aber nicht mehr richtig, da mittlerweile 2 dieser Fachkräfte im Ruhestand seien und so nur noch von 2 Fachkräften mit 1,5 Stellen gesprochen werden könne, wobei eine halbe Stelle laut Stellenbeschreibung mit der Geschäftsführung des Seniorenbeirates eingeplant sei. Somit könne man im Seniorenbüro insgesamt nur noch von einer Stelle sprechen.

Frau Hellwig teilt dazu mit, dass diese Stellenplanvorlage bereits im November 2022 entstanden sei und in die Ratssitzung im Dezember eingebracht wurde. Dort wurde die Vorlage aber zur Information an die Fachausschüsse zurückverwiesen. Zwischenzeitlich sei es tatsächlich so, dass zwei Mitarbeitende im Ruhestand seien. Es sei aber gelungen, eine qualifizierte Kraft einzustellen, die am 15.03.2023 ihren Dienst antreten werde, so dass dann die vorgehaltenen Stellen im Seniorenbüro wiederbesetzt sind.

**Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.**

## **10. Bericht aus der Arbeit der Beiräte und des Integrationsrates**

### **10.1. Beschluss über die Einrichtung einer offenen Sprechstunde des Integrationsrates 0677/2022**

**Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.**

## **11. Sachstandsinformation über Projekte des Seniorenbeirats 0063/2023**

Frau Klupp erfragt den Sachstand zu den öffentlich zugänglichen WC-Anlagen.

Zur Erklärung führt sie aus, dass dem Seniorenbeirat aufgefallen sei, dass es nur sehr wenige öffentlich zugängliche Toilettenanlagen in der Stadt geben würde. Dies sei vor allem in der Corona-Zeit besonders aufgefallen, da viele Geschäfte etc. geschlossen waren. Deshalb wurde von der Verwaltung eruiert, wo öffentlich zugängliche Toiletten zu finden seien. Aus der Stadt Freiburg wurde das Projekt „nette Toilette“ vorgestellt. Bei den teilnehmenden Gaststätten, Geschäften etc. werden Aufkleber angebracht, dass diese über eine öffentlich zugängliche Toilette verfügen. Frau Hellwig teilt mit, dass der Sachstand hierzu zur Niederschrift beantwortet werde.

Frau Stauer brachte eine Idee aus dem Ausschuss für Anregungen und Beschwerden zur Diskussion, ob es nicht möglich sei, eine Karte mit öffentlich zugänglichen Toiletten zu erstellen und diese auch digital als App zur Verfügung zu stellen.

Frau Mehls regte noch einmal an, die Informationen im Geoportal zur Verfügung zu stellen.

Herr Dettmar weist darauf hin, dass mehrfach besprochen worden sei, per App oder über das Bürgerportal die öffentlich zugänglichen Toiletten publik zu machen, aber es zurzeit den Eindruck mache, als wäre im letzten halben Jahr nichts geschehen.

Herr Migenda weist darauf hin, dass es tatsächlich sein könne, dass hier bisher tatsächlich nichts weiter geschehen sei, was aber wegen einer Fülle anderer vordringlicher Aufgaben erklärt werden könne. Das Personal arbeite bereits an der Belastungsgrenze. Er wies in diesem Zusammenhang auch noch einmal auf den bekannten Personalnotstand hin.

Frau Klupp schlägt vor, den Baustein „öffentliche Toiletten“ in die bereits vorhandene Senioren-App einzugliedern.

Frau Dr. Rieband erfragt, wann der Boule-Platz endlich eröffnet werde. Er sei immer noch mit einem Baustellenzaun versehen.

Herr Migenda teilt dazu mit, dass der Boule-Platz aus Spenden mitfinanziert werde. Einer dieser Spender habe zugesagt, den Boule-Platz in Kürze zu vollenden. Hier müsse noch eine letzte Deckschicht aufgebracht werden, was aber nur bei entsprechenden Temperaturen möglich sei. Des Weiteren wurde für diesen Bereich eine hochwertige Bank gespendet, die auch in Kürze aufgestellt werde, so dass einer baldigen Einweihung nichts mehr im Wege stehe.

**Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.**

**Antwort der Verwaltung zum Projekt öffentliche „nette“ Toilette:**

Das Konzept für die Aktion „Nette Toilette“ wird aktuell verwaltungsintern abgestimmt. Im Zusammenhang ist aber ebenso anzumerken, dass bei der Umsetzung des Themas mehrere Fachbereiche (z.B. Finanzen, Gebäudewirtschaft, Ordnungswesen, Personalbedarf) involviert sind, was zu einer zeitintensiven Bearbeitung führt.

Die Inklusionsbeauftragte hat aber eine Verwaltungsvorlage erstellt, die in einer der nächsten Verwaltungskonferenzen abgestimmt werden soll, um eine verwaltungsinterne Entscheidung zeitnah möglich zu machen.

**12. Fortschreibung des Vertrags mit dem Deutschen Kinderschutzbund (DKSB) zur Finanzierung des Härtefallfonds (ehemaliger Löwenpass)  
0542/2022**

**Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.**

**13. Sachstandsbericht zur Situation der Geflüchteten in Bergisch Gladbach  
0702/2022**

Frau Engelberth weist vorab darauf hin, dass in der Vorlage auf Seite 145, **Punkt B Zu erwartende Veränderungen**, Zeile 4, eine falsche Personenzahl angegeben ist: „Für Januar 2023 werden für **95** Personen statt 45 Personen aus der Ukraine Leistungen...“

Des Weiteren gibt sie die tagesaktuellen Zahlen der Geflüchteten bekannt:

Gesamtkapazitäten in den Unterkünften	<b>1270</b>
Untergebrachte Personen	<b>1185</b> davon sind
Ukrainer	<b>523</b>
andere Nationalitäten	<b>662</b>
Zurzeit Ukrainer im Stadtgebiet (im Rahmen des FlüAG gemeldet). Davon untergebracht in Hermann-Löns-Halle, Carpark, Märchensiedlung, Senefelder Straße und anderen angemieteten Objekten	<b>1500</b>
privat untergebracht (Gastgeber, private Mietverhältnisse)	<b>523</b> <b>977</b>
Untergebrachte Kinder in der Hermann-Löns- Halle	<b>39</b>
Carpark	<b>25</b>
Senefelder Straße	<b>29</b>
Unbegleitete Minderjährige diese werden durch Inobhutnahme unter dem Jugendamt geführt	<b>7</b>

unbegleiteter Minderjähriger  
untergebracht in Senefelderstraße, weil das  
Jugendamt über sehr begrenzte Unterbringungs-  
möglichkeiten verfügt, nur eine temporäre Maßnahme

1

Herr Hildner bedankt sich für die detaillierten Ausführungen zur Vorlage und erfragt, wie es mit der Betreuung der untergebrachten Kinder aussehe und wann bzw. ob diese möglichst bald in Kitas und Schulen untergebracht werden können.

Frau Engelberth teilt dazu mit, dass man zurzeit mit dem Roten Kreuz, das die großen Einrichtungen führe, in enger Abstimmung sei, welches niederschwellige Angebot für die untergebrachten Kinder möglich sei. Kita-Plätze werden nur über "Littlebird" vergeben. Da die Stadt über keine eigenen Kitas verfügt, entscheiden hier die Kita-Träger über die zu vergebenden Plätze. Hier kann die Stadt nur unterstützend tätig werden.

Frau Opiela erfragt, ob es eine Kita-Betreuung in den großen Sammelunterkünften gebe. Dies wurde von der Verwaltung verneint, die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter in den Einrichtungen würden aber z. B. Ausflüge zu den umliegenden Spielplätzen anbieten.

Des Weiteren weist Frau Opiela darauf hin, dass Mütter keinen Integrationskurs besuchen können, weil ihre Kinder nicht betreut seien. Es gebe auch 16-jährige die bisher keinen Schulplatz haben. Geflüchtete können nicht in Arbeit vermittelt werden, wenn sie keine Deutschkurse besuchen können. Dazu greift sie noch einmal die Anregung aus dem Integrationsrat auf, einen Runden Tisch für Integrationsfragen zusammen mit Politik, Verwaltung und anderen Akteuren zu gründen, um die vielen Probleme rund um Integration zu lösen.

Herr Cremer fragt nach, wie viele Ausreisepflichtige aktuell in Bergisch Gladbach leben würden.

Dazu teilt Frau Engelberth mit, dass man sich im Ausschuss darauf geeinigt habe, diese Zahlen immer nur im Halbjahresturnus vorzulegen, da diese Zahlen nur der Ausländerbehörde vorliegen würden. Nächste Abfrage zum 30.06.23.

Herr Kraus führt aus, dass festgestellt werden kann, dass die Stadt bei den Zuweisungen bald an ihre Kapazitätsgrenzen stoßen werde. Kann die Verwaltung dazu mitteilen, wann das der Fall sein wird? Und ob dann auch wieder Sporthallen für geflüchtete Menschen zur Verfügung gestellt werden müssen.

Herr Migenda teilt dazu mit, es gebe einen Unterschied. Für die Aufnahme von Geflüchteten gebe es einen Zuweisungsschlüssel, wogegen man keinen Einspruch erheben könne. Für die Kriegsvertriebenen aus der Ukraine gebe es keine Zuweisungen. Diese Menschen haben eine Wahlfreiheit für ihrem Aufenthaltsort. Natürlich sei es so, dass die Stadt versuche, zu helfen und die Menschen unterzubringen. Man müsse sich dabei aber auch bewusst sein, je besser man in der Lage sei zu helfen, je mehr Menschen würden hier Zuflucht suchen. Es sei in Bergisch Gladbach im ersten Jahr des Krieges sehr gut gelungen zu helfen. Im ersten Jahr des Krieges sei man davon ausgegangen, dass die Kriegsvertriebenen nach Beendigung des Krieges wieder in ihre Heimat zurückkehren würden. Je länger dieser Krieg dauert, je weniger könne man eine Prognose abgeben, ob die Kriegsvertriebenen wieder in ihre Heimat zurückkehren. Vielmehr sei davon auszugehen, dass ca. 1/3 der Ukrainer hier im Land bleiben würden. Unter diesen Personen sind viele Mütter mit Kindern, die in die Kitas und Schulen drängen und die bereits vorhandenen Probleme dadurch verschärfen. In Köln fehlen z. B. bis 2030 50 Schulen und auch in Bergisch Gladbach gebe es ein großes Defizit. Die Verwaltung habe sich aber zusammen mit der Politik auf den Weg gemacht, die Probleme anzugehen. Es wurde eine Schulbau GmbH gegründet und es werden „Sofortschulen“ und auch „Sofortkindergärten“ geplant. Es müsse aber allen klar sein, dass nur standardisiert gebaut werden könne. Anders sei es mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen (Platz, Geld, Personalmangel) nicht leistbar. Es werde an vielen Lösungen gearbeitet, aber diese werden nicht immer bei 100 %, sondern vielleicht nur 75 % liegen. Und deshalb sei er

kein Freund von Runden Tischen. Dort würde aus seiner Sicht nach einer 100 %-Lösung gesucht und dies sei zurzeit schlichtweg nicht leistbar.

Frau Stauer bedankt sich für den ausführlichen Sachstand von Herrn Migenda, der auch noch einmal deutlich macht, wie hoch der Druck sei und dass dies auch durch die Politik in die Wahlkreise offen und ehrlich getragen werden müsse. Aber das Problem „Barrierefreiheit“ müsse als Standard mitgedacht werden, da es ein Menschenrecht sei.

Frau Opiela stimmt Herrn Migenda in weiten Teilen zu. Sie weist aber darauf hin, dass man durch einen Runden Tisches auch das Potential der Zivilgesellschaft und der vielen helfenden Ehrenamtler nicht unterschätzen dürfe.

Frau Holz-Schöttler hebt die Leistung der Verwaltung hervor und schließt sich vollumfänglich der Meinung von Frau Opiela an. Sie halte den Austausch in einem Runden Tisch für zielführender, als nur im Ausschuss zu diskutieren.

Herr Kraus weist noch einmal auf seine bisher nicht beantwortete Frage hin, wann Turnhallen durch Zuweisungen wieder belegt werden müssen.

Herr Migenda teilt dazu mit, dass die Verwaltung sich dahingehend positioniert habe, auf Turnhallen zur Unterbringung von Flüchtlingen zu verzichten. Gleichwohl kann nicht ausgeschlossen werden, dass durch die Entwicklungen in der Welt (Kriege, Umweltkatastrophen etc.) immer mehr Menschen zu uns strömen und dann durch Zwangszuweisungen wieder auf Turnhallen zugegriffen werden müsse. Das konnte bisher erfolgreich vermieden werden und er halte es nach Corona für sehr wichtig, die Sportstätten für Kinder und Jugendliche offen zu halten. Zurzeit werden die Sporthallen saniert und die Kapazitäten deshalb an anderer Stelle ausgebaut. So wird das Carparkgelände erweitert. Aber auch hier bestehe ein Interessenskonflikt, weil auf diesem Gelände eigentlich eine dringend benötigte Kita sowie eine Sportstätte entstehen sollen. In der Jacobstraße soll ebenfalls eine Kita entstehen, da aber dort immer noch Menschen untergebracht sind, kann auch dieses Projekt nicht in Angriff genommen werden. Herr Migenda könne weitere Interessenskonflikte aufzählen, u.a. Feuerweherschule, Grundschule 21 und vieles mehr.

Frau Hellwig ergänzt zur Frage von Herrn Kraus, dass auf Seite 146 der Vorlage die Verteilschlüssel aufgeführt wurden. Da liege Bergisch Gladbach zurzeit über 100 % und somit werden im Moment keine neuen Zuweisungen erwartet. Wie lange das so bleibe, wisse niemand.

Herr Cremer fragt nach, ob bekannt sei, ob es unter den geflüchteten Personen eventuell auch Lehrerinnen und Lehrer gebe, die die Kinder in den Flüchtlingsunterkünften „betreuen“ könnten.

Frau Hellwig teilt dazu mit, dass es sicher Menschen gebe, die gut qualifiziert wären, aber unser System nicht zulasse Personen einfach einzusetzen. Hier müsse erst ein Anerkennungsverfahren durchlaufen werden und es sei nicht Aufgabe der Stadt über die Anerkennung der im Ausland erworbenen Qualifikation zu entscheiden.

Frau Holz-Schöttler greift diesen Punkt noch einmal auf, weil er genau das widerspiegelt, wo ein Runder Tisch helfen könne. Man könne die geeigneten Personen doch vielleicht in einer Spielgruppe einsetzen um z. B Sprache zu vermitteln. Sie erfragt ganz gezielt, wer zum Runden Tisch einladen solle, die Verwaltung oder die Politik.

Herr Migenda wird dies mit der Verwaltungs- und den Fraktionsspitzen abstimmen.

Frau Stauer schlägt vor, dass auch Künstlerinnen und Künstler unbürokratisch eingesetzt werden sollten um Kinder und Jugendliche sinnvoll zu beschäftigen.

Frau von Berg schließt damit die Diskussion zur Vorlage ab.

**Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.**

**14. Anträge der Fraktionen**

Es liegen keine Anträge der Fraktionen vor.

**15. Anfragen der Ausschussmitglieder**

Es liegen keine Anträge der Ausschussmitglieder vor.

**Der öffentliche Teil der Sitzung wird um 18:26 Uhr geschlossen.**

**Die Nichtöffentlichkeit wird hergestellt.**

---

Gez. Gabriele von Berg  
Ausschussvorsitzende

---

gez. Monika Koppe  
Schriftführung